



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, den 30. Oktober 1885.

Nr. 507.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate November und Dezember für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 1 Mark, für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 M. 34 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.

Die Redaktion.

Deutschland.

Berlin, 30. Oktober. Auch am 29. Oktober ist die Konferenz nicht zusammengetreten; Gründe, welche die Verzögerung veranlaßt, sind nicht bekannt geworden. Für die kleinen Balkanstaaten und für die Pforte ist jeder Tag, den sie länger auf die Entscheidung warten müssen, eine Last, und an den Folgen derselben für ihre Finanzen werden sie noch lange Jahre zu tragen haben. Serbien hatte eine gute Gelegenheit, die Abrüstung zu beginnen, als die Geanderten der Mächte mit der Mahnung zur Ruhe die Versicherung verbanden, daß der status quo ante wieder hergestellt würde, allein es hat sich nicht dazu entschließen können. Die serbische Regierung will nämlich wissen, daß, selbst wenn Fürst Alexander Ostrumelien verlassen wollte, die Rumelien sich nicht ohne Widerstand der Türkei unterwerfen würden, somit jeden Augenblick wieder Fragen austauschen können, denen Serbien nicht unvorbereitet gegenübersehen dürfe. Nach allen Nachrichten aus Bulgarien ist die Besorgnis der Serben ganz unbegründet. Das bulgarische Volk ist entmutigt und bewilligt nicht an Widerstand gegen die Entscheidung der Konferenz. Man wird sich widerwillig zwar in sein Schicksal fügen und die Realisierung der Union vertragen, darauf verzichten aber keinesfalls. Die erste günstige Situation in Europa bringt die bulgarische Revolution wieder zum Ausbruch und dann vielleicht in anderen Dimensionen. Die Haltlosigkeit der Zustände, zu deren Herstellung Rußland die Konferenz drängen will, ruft doch bald hier, bald dort Bedenken hervor. Einen diesen Gedanken beleuchtenden Artikel schließt der „Pester Lloyd“ mit der Frage, welches Interesse Europa und in erster Reihe Oesterreich-Ungarn daran haben kann, einen Zustand der Dinge im Orient herbeizuführen, der voraussichtlich in kurzer Zeit zu einem Ausbruch führen müßte, aus welchem ein friedlicher und ehrenvoller Ausweg für die österrömisches Monarchie kaum denkbar ist. Klingt das nicht keine wie eine Aufforderung an den Grafen Kalnoy, noch in letzter Stunde den russischen Plänen seine Unterstützung zu entziehen?

In der Berichtserstattung über die mysteriöse vatikanische Note in der Karolinenfrage wird von Herkules Seite ein Eifer entfaltet, den nur die Ungebildeten erklären kann, da angeblich jetzt fertige Produkte römischer Erbschwelgerei der Bewunderung der Welt möglichst bald unterbreitet zu sehen. Der römische Korrespondent der „Germania“ wird in seinen geheimnisvollen Ausbeutungen über die „jede Partei zufriedenstellende Lösung“, die der Papst allein und persönlich, ohne Kommission und „politische“ Kardinale gefunden, nicht müde, und fügt seiner letzten Nachricht die für ihn anscheinend vielversprechende Bemerkung bei, daß weder der spanische Gesandte v. Molins noch Herr v. Schöller, denen die Lösung mitgeteilt worden, Einspruch gegen sie erhoben haben. Man glaube, daß nach kürzester Frist die Note der Öffentlichkeit übergeben werden könnte, da wahrscheinlich Fürst Bismarck diese Veröffentlichung wünsche. Die eigentlichen Träger dieses Wunsches werden jedenfalls anderswo zu suchen sein. Immerhin wäre es heiderseits gewiß dienlich, sobald Gelegenheit dazu geboten, das über der Sache liegende Dunkel zu lichten, damit die noch immer gereizte öffentliche Diskussion in der Presse von diesem eminenten Friedenswerk baldigst die wünschenswerten Berührung empfangt. Daß der Papst, wenn die vatikanischen Berichte sich bestätigen, für seinen Spruch die Kenntnis des Thatbestandes, soweit die Prioritätsfrage in Betracht kommt, gar nicht nötig gehabt, und die von Deutschland in Aussicht gestellten amtlichen Marineberichte, um Zeitverlust zu vermeiden, nicht erst abgewartet hat, ist vom Standpunkte welt-

licher Rechtsanschauung zwar kein ganz gleichgültiges Moment, wird aber bei den immer erneuten Versicherungen von der beiderseitigen Befriedigung über die gefundene Lösung ansehend gegenstandslos.

Im April dieses Jahres war dem Bundesrathe ein Gesetzentwurf, betreffend die Fürsorge für Beamte und deren Hinterbliebene in Folge von Unfällen zugegangen. Derselbe ist dem zuständigen Ausschüsse überwiesen und von denselben wesentlich abgeändert und erheblich erweitert worden. Neuerdings hat Preußen noch eine Reihe von Abänderungsanträgen dazu gestellt, welche Folgendes betreffen:

Berlehten, welche einer Krankenkasse angehören, soll die Krankenunterstützung bis zum Ablauf der 13. Woche von der Pension abgezogen werden. Wenn dann vom Beginn der 14. Woche die Pension bis zum Betrage der etwa geleisteten weiteren Unterstützung auf die Krankenkasse übergeht, soll als Werth der freien ärztlichen Behandlung, der Arznei und der Heilmittel die Hälfte des gesetzlichen Mindestbetrages des Krankengeldes gelten. Vorsätzliches oder verschuldbares Herbeiführen des Unfalles, welches Dienstentlassung, Verlust des Titels und Pensionsanspruches, Zuchthausstrafe, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte oder Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter zur Folge hat, läßt keinen Anspruch auf Pension oder Wittwen- und Waisenrente zu. Die dem Berlehten auf Grund des Gesetzes betreffend die Verbindlichkeit zum Schadenersatz für die bei dem Betriebe von Eisenbahnen, Bergwerken u. s. w. herbeigeführten Verletzungen und Körperverletzungen gegen Eisenbahn-Betriebsunternehmer zustehenden Ansprüche sollen auf die Betriebsverwaltung, welche Pensionen oder Renten zu zahlen hat, übergehen. Ein ganz neuer Paragraph bestimmt, daß in solchen Betrieben des Reiches oder eines Bundesstaates, bei denen sich die Zahl der gegen Unfälle versicherten Personen erheblich vermindert, auf Beschluß des Bundesrathes die Unfallversicherung nicht durch das Reich oder den Bundesstaat, sondern durch die Berufsgenossenschaften erfolgen kann. Der Bundesrath soll dann die Betriebe dergleichen Berufsgenossenschaften zuweisen, welchen sie ihrer Natur nach am nächsten stehen.

Wie erinnerlich, war vor einiger Zeit — bald nach dem Ausbruch des Karolinenstreits — von deutschen Geschäftleuten das Gesuch an den Reichskanzler gerichtet worden, dahin zu wirken, daß die Stadt Madrid den fälligen Verpflichtungen gegen ihre auswärtigen Gläubiger Genüge leiste. Das Gesuch bezog sich vornehmlich auf die Zahaber sogenannter „Madrid-Loose“, denen die spanische Hauptstadt seit Langem bereits die Zinsen schuldig geblieben war. Ob und in welcher Form jener Anregung vom Auswärtigen Amt stattgegeben worden, ist nicht bekannt; dagegen erscheint jetzt eine amtliche Publikation der Stadt Madrid mit der Ankündigung von einer beabsichtigten Konversion zu 4 Prozent, um die alten Schulden zu konsolidieren. Die auswärtigen Zahaber von Litres aus dem Jahre 1868 in Paris, Amsterdam und Frankfurt a. M. werden aufgefordert, öffentliche Versammlungen abzuhalten, um ihre Delegirten zu ernennen. Diese sollen spätestens bis zum 30. November d. Js. auf der Marine in Madrid ihre Vollmachten mit der Beglaubigung der betreffenden spanischen Konsuln und ein Nummernverzeichnis der Schuldmittel mit Werthangabe und Zertifikaten vorlegen. Die Ankündigung sagt, daß die Delegirten mit der Verhandlung über diese Konversion „den Hülfesquellen und Nothwendigkeiten der Stadt Madrid Rechnung tragen müßten, um im Prinzip die Grundlagen für eine annehmbare Verständigung zu erreichen“. Es wird ferner konstatiert, daß die neue Anleihe nicht nur zum Zwecke der Konversion der alten aufgenommen, sondern zum Theil auch für öffentliche Arbeiten verwendet werden soll, die sich für den Winter zur Unterstützung der arbeitenden Klassen als nötig erweisen haben. Die Anleihe soll 70 Millionen zu 4 Proz. betragen, von denen 20 Millionen zu Bauten angewandt werden sollen. Daß auch das deutsche Kapital für diese Zwecke tributpflichtig gemacht werden soll, spricht wenigstens dafür, daß der spanische „Patriotismus“ in Geschäftsangelegenheiten doch seine sehr erkennbaren Grenzen hat.

Kraszewski wird, wie der „Dziennik Pocz.“ mittheilt, in Folge seiner angegriffenen Gesundheit in diesen Tagen einen sechsmonatlichen Urlaub zu einer Reise nach Italien erhalten. Was die angebliche Begnadigung Kraszewski's betrifft, die ihm gewährt werden sollte, falls er gewisse Erklärungen gebe, so schreibt in dieser Beziehung Kraszewski an den „Kuryer Warszawski“: Diese Nachricht sei vollkommen unbegründet; man habe von ihm Nichts verlangt, und er habe auch Nichts zu bekommen.

Das Landgericht zu Halle hat am Mittwoch, wie wir bereits mittheilten, die Klage des Fiskus gegen den Reichstags-Abgeordneten Hasenclever auf Herauszahlung angeblich empfangener Partei-Diäten verhandelt und den Kläger kostenpflichtig abgewiesen, da die betreffenden Gelder weder aus öffentlichen Mitteln noch zu unerlaubten Zwecken gezahlt seien. Ueber die Verhandlung wird weiter aus Halle geschrieben: Der Kläger war durch Justizrath Schliekmann, der Beklagte durch Rechtsanwält Trautmann vertreten. Die Klage lautet auf 1600 Mark, seitens des Beklagten wird indess bestritten, Gelder in dieser Höhe empfangen zu haben. Ein „unerlaubter Gewinn“, welchen die §§ 172 und 173 des allgemeinen Landrechts dem Fiskus zusprechen, liege nicht vor, höchstens könnten, führte der Anwalt des Beklagten aus, die Gelder als Minderung des Verlustes erachtet werden, den der Aufenthalt des Beklagten in Berlin demselben erbracht habe, und lediglich zur Ermöglichung dieses Aufenthaltes seien die Gelder aus Privatmitteln, wie er namens seines Klienten zugebe, gewährt worden, nicht zur Honorierung der Thätigkeit des Beklagten als Abgeordneter. Die Ausübung eines Ehrenamtes, wie es das Mandat eines Abgeordneten sei, habe zwar unentgeltlich zu geschehen, dagegen müsse es als erlaubt gelten, sich baare Ausgaben vergüten zu lassen. Sollte den Abgeordneten überhaupt keine Entschädigung gewährt werden, dann dürfe staatlcherseits doch auch keine Eisenbahn-Freikarte ausgestellt werden. Fürst Bismarck habe in der Sitzung des Reichstages vom 26. November 1884 die §§ 32 und 33 der Verfassung selbst dahin interpretirt, daß diese Paragraphen lediglich ein Abhängigkeits-Verhältnis gegenüber der zahlenden Partei verhindern sollten. Der Reichsheibiger zog des weiteren auch das seiner Zeit dem Fürsten Reichskanzler dargebrachte Ehrengeschenk in Parallele.

Der deutschen Industrie des Torpedoboots-Baues ist es gelungen, sich selbst die Anerkennung der Engländer zu erringen. Englische Blätter schreiben: Die Konstruktion von Torpedoböten ist keineswegs mehr auf England beschränkt; der Firma J. Schichau in Elbing sind von der deutschen Admiralität nicht weniger als 23 Torpedoböten in Auftrag gegeben. Dieselben erreichten auf ihren Probefahrten bei Pillau 20 Knoten pro Stunde, und das Boot Nr. 10 hielt ein Geschwindigkeit von 19,95 Knoten während einer achtstündigen Fahrt und bei schwerem Wetter tane. Die Böten sind von denselben Dimensionen wie die, welche im vorigen Jahre gebaut wurden, und haben eine Länge von 118 Fuß, eine Breite von 16 Fuß 6 Zoll. In jedem einzelnen Falle arbeiteten Kessel und Maschinen zur größten Zufriedenheit. Die russische Marine hat außer 9 kleineren Torpedoböten von 85 Fuß Länge mit derselben Firma den Bau eines großen Bootes von 164 Fuß Länge und 20 Fuß Breite kontrahirt, welches eine dreizylinderige Expansionsmaschine von 1500 Pferdekraften haben und die kolossale Geschwindigkeit von 22—23 Knoten erreichen soll. Schichau baut z. B. 3 Torpedoböten für die russische Marine nach dem Typ der deutschen Böten. Diese fassen bei voller Ausrüstung an Kohlen für 1200 Seemeilen bei einer mittleren Geschwindigkeit von 10 Knoten, sind aber im Stande, über 19 Knoten pro Stunde zu laufen. Vor einigen Jahren forderte die englische Regierung einige der Hauptfirmen Englands zum Bau von Torpedoböten auf, von welchen man annahm, daß sie auf diesem Gebiete Vorzügliches leisten würden, aber dieser Versuch war nur insofern von Nutzen, als er zeigte, daß nur die betreffenden Konstrukteure, welche wirklich Erfahrung in dieser Beziehung hatten, die Anforderungen der Torpedoböten zu schätzen wußten. Ein kurzer Zeitraum hat die Lage völlig geändert und Eng-

land nimmt bei Weitem nicht mehr den ersten Rang ein. In der That haben sich die beiden von der deutschen Admiralität bei den renommirten Firmen Thornycroft und Yarrow bestellten Torpedoböten als sehr mangelhaft erwiesen und können in keiner Beziehung mit den deutschen Kontrurren.

Ausland.

Sofia, 22. Oktober. Bei den vielfachen irrthümlichen Darstellungen über die Art und Weise, wie der Staatsstreich vor sich gegangen ist, und über die Beteiligung des Fürsten an demselben, ist es wohl angebracht, nochmals in wenig Worten darzustellen, wie die Dinge wirklich verlaufen sind. Als Fürst Alexander von seiner Europareise heimkehrte, wußte er so gut wie jeder Bulgar, daß es in Ostrumelien ohne Unterlaß gähre. Erst drei Tage vor dem Ausbruch der Bewegung erhielt er Wind davon, daß der Aufstand unmittelbar bevorstehe; er schickte einen Vertrauten nach Philippopol, um von dem Beginn abzurathen; gerade jetzt sei die ungünstigste Zeit, da eben erst der Herr von Oers auf's dringendste ermahnt und aufgefordert habe, nichts gegen den Berliner Frieden zu unternehmen. Diese Aufforderung aber kam zu spät oder konnte, da die Dinge in Philippopol zu weit vorgeschritten waren, nicht mehr befolgt werden. Als dann der Fürst das Telegramm vom Ausbruch des Aufstandes erhielt, entschloß er sich nach zweifelhafter Ueberlegung, der Macht der Ereignisse zu weichen und sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Was Karawelow's Rolle anlangt, so ist es gleichfalls durchaus falsch, wenn man ihn als den eigentlichen Urheber des Aufstandes darstellt. Er war zur Zeit des Aufstandes beurlaubt und mußte, als der Fürst die Nachricht erhielt, erst telegraphisch bei allen Präfekturen aufgesucht werden. Er wurde in Rußland gefunden und antwortete von dort auf ein Telegramm des Fürsten, daß er bereit sei, mit ihm in die Bewegung einzutreten. Die Richtigkeit dieser Darstellung bin ich in der Lage, unbedingt verbürgen zu können. Bei dieser Gelegenheit sei auch erwähnt, daß eine Mittheilung des in Darmstadt erscheinenden „Täglichen Anzeigers“ in vielen deutschen Zeitungen übergegangen ist, nach der Fürst Alexander einer „Deputation vornehmer Bulgaren“ gegenüber erklärt haben soll, daß, wenn die Versammlung nicht zu Stande kommen sollte, „seine Beine in diesem Lande begraben werden würden“. Wahrscheinlich haben die Zeitungen diese Meldung deshalb übernommen, weil sie den „Täglichen Anzeiger“ mit der „Darmstädter Zeitung“ verwechselten, die wiederholt zu Mittheilungen der bulgarischen Regierung benutzt worden ist. Allen, die den Fürsten Alexander kennen, mußte diese feierliche und etwas theatralische Erklärung sofort Zweifel erregen, da sie dem viel eher nüchternen als phantastischen Wesen des Fürsten gar nicht entsprach. That- sächlich hat der Fürst die in Rede stehende Aeußerung auch nicht gethan.

London, 27. Oktober. Ein Londoner Blatt macht Mittheilungen über den von der indischen Regierung ausgearbeiteten Plan zur Bertheidigung Indiens gegen eine russische Invasion. „Es ist ein riesiges Unternehmen“, schreibt das Blatt, „aber die indische Regierung hat es gebilligt und es harret jetzt der Genehmigung der Behörden in England. Die Kosten sind auf nicht weniger als achtzig Millionen Pfd. Sterl. berechnet, die in acht bis zehn Jahren verausgabt werden sollen. Der Plan umfaßt die Bertheidigung von Singapur, Ceylon, Aden, Bombay und Kurrachee. Letztergenannter Platz wird ein höchst wichtiger Posten sein. Es wird eine Eisenbahn nach Pishin gebaut werden, die ein stark verschanztes Lager passieren wird. Der Kofad-Bah soll befestigt, und in Chumar, welches der Endpunkt der Eisenbahn sein wird, ein wichtiger Posten errichtet werden. Von dort nach Kandahar sollen alle Erdwerke und Brücken so hergestellt werden, daß Schienen in wenigen Tagen gelegt werden können. Auch liegt es im Plane, die Erdwerke und Brücken für eine Eisenbahn von Kandahar nach Kabul vorzubereiten. Peshawur soll stark befestigt, in Sumrud ein starker Posten hergestellt und längs der Ufer des Indus eine strategische Eisenbahn angelegt werden, welche die Posten Kohat, Dua Ismail Khan, Attod u. A. mit einander verbindet. Ueberdies

